

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

23.02.2016

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
am Dienstag, 23. Februar 2016
im BioTechnikum, Konferenzraum 09/10

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:05 Uhr
Ende: 21:58 Uhr

Mitglied

Herr Sven Bausemer
Frau Rita Duschek
Frau Dr. Frauke Fassbinder i. V. für Herr Christoph Oberst
Herr Martin Hackbarth
Frau Luisa Heide
Frau Gudrun Hohberger
Herr Patrick Leithold
Herr Hinrich Rocke
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Herr Daniel Seiffert
Herr Ludwig Spring
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Frau Katja Wolter

Verwaltung

Frau Anne Babinsky
Herr Fabian Feldt
Frau Anett Hauswald
Frau Katrin Teetz
Herr Steffen Winckler

Entschuldigt

Herr Christoph Oberst

Unentschuldigt

Herr Wolfgang Jochens

Tagesordnung

0. Vorstellung und Vor-Ort-Begehung im BioTechnikum
1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2016
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Realisierung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“
Dez. I, Amt 20
- 6.2. Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6.3. Verhandlungen über einen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Wackerow
Dez. I, Amt 20
- 6.4. 6. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
- 6.5. Aufstellen einer Eisbahn im Rahmen des Weihnachtsmarktes 2016
Dez. II, Amt 32
- 6.6. „Cities for Life“ – Städte gegen die Todesstrafe
Fraktion DIE LINKE / Interfraktionell angestrebt
7. Weiteres Vorgehen zur Fortschreibung des Tourismuskonzepts der UHGW
8. Information der Verwaltung
- 8.1. kurzer Sachstand zur Verhandlung zum Staatstheater Nordost
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Sitzungsende

TOP 0. Vorstellung und Vor-Ort-Begehung im BioTechnikum

TOP 1. Sitzungseröffnung

Herr Rodatos eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr,
es sind 14 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Rodatos übergibt vorab das Wort an Frau Gärtner für eine kurze Vorstellung des Crowdfunding Projektes für die Greifswalder Gewächshäuser. Alle Informationen dazu sind auch unter <http://fuersgewaechshaeusle.de> zu finden.

Frau Terodde, Sprecherin und Vorsitzende des Frauenbeirates Greifswald, lässt sich für die heutige Sitzung entschuldigen.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Rodatos empfiehlt den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 3.1 im öffentlichen Teil unter TOP 8.2 zu behandeln. Der Vorschlag wird durch die Ausschussmitglieder mit 14 JA | 0 NEIN | 0 Enthaltungen angenommen.

Nachdem kein weiterer Änderungsbedarf gemeldet wird, stimmen die Ausschussmitglieder über die Tagesordnung im gesamten ab:

14 JA | 0 NEIN | 0 ENTHALTUNGEN

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2016

Herr Rodatos informiert, dass keine Änderungsvermerke eingegangen sind. Die Ausschussmitglieder stimmen über die Niederschrift vom 12.01.2016 ab:

14 JA | 0 NEIN | 0 ENTHALTUNGEN

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Keine Meldungen.

TOP 5. Beschlusskontrolle

Herr Rodatos berichtet von der Bürgerschaftssitzung am 28. Januar 2016, auf der eine geänderte Beschlussvorlage zum Kulturwirtschaftsplan angenommen wurde. Ursprünglich war angedacht, diesen Beschluss auf der Ausschusssitzung im April zu diskutieren, da aber Herr Rose als Einbringer zur Ausschusssitzung verhindert ist, wird dieser Punkt noch einmal mit Einbringern und zuständigem Amt diskutiert.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Realisierung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“

06/576.1

Herr Rodatos bedankt sich bei Herrn Dr. Blank für die Vorstellung zu den Aufgaben und Bereichen des BioTechnikums und übergibt das Wort an Herrn Feldt.

Herr Feldt bringt den Grundsatzbeschluss auf Basis der Förderzusage des Landes ein. Es wird mit einer Fertigstellung für 2019 gerechnet. Die vorzeitige Abstimmung bringt einen Zeitvorteil von vier Monaten und die Winterzeit sei günstig für die geplanten Ausschreibungen. Er berichtet, dass derzeit weitere Lösungsansätze zur Parkplatz-situation geprüft werden.

Herr Feldt stellt die aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor.

Herr Rodatos fragt nach der Abgrenzung der freifinanzierten sowie förderfähigen Bereiche bzw. nach dem Umgang mit dem Sachverhalt im Falle von möglichen Kostensteigerungen im förderfähigen Bereich. Herr Feldt erläutert, dass das auch dem Fördermittelgeber klar ist, dass Gewerke nicht getrennt in gefördert und nicht gefördert ausgeschrieben werden können. Daher ist ein einheitlicher Fördersatz als Berechnungsgrundlage festgelegt worden.

Herr Rodatos stellt fest, dass mehrere Möglichkeiten zur Parkraumlösung offen gehalten werden und fragt diesbezüglich nach. Herr Feldt berichtet, dass für die Baugenehmigung eine Lösung benötigt wurde, weshalb die Parkplätze zunächst nach Satzung abgelöst werden. Überdies sollen öffentliche Parkflächen optimiert werden. Öffentliche Parkflächen können nicht in private Flächen umgewandelt werden, aber es können weitere private Flächen erworben werden, um diese dann als Parkraum zu nutzen.

Herr Rodatos informiert unter Zustimmung von Herrn Blank, dass die Erweiterung als wesentlicher Wachstumsmotor für die ansässigen Unternehmen sowie für bestehende Interessenten des BioTechnikums gesehen wird.

Herr Spring bittet um Information zur bisherigen Ermittlung der Kosten. Herr Feldt informiert, dass die Kostenermittlung durch die Berliner Firma Ludes Generalplaner erstellt wurde.

Frau Heide fragt nach, ob das Projekt andere Pflichtaufgaben der Stadt wie z.B. Schulneubauten und Sanierungen in der Finanzierung beeinträchtigen könnte. Herr Feldt berichtet über die Informationen, die Herr Wille im Finanzausschuss gegeben hat. Pflichtaufgaben werden finanziell nicht benachteiligt sein. Frau Teetz ergänzt, dass in der kommenden Bürgerschaftssitzung über den Umgang mit künftigen Investitionen und deren Auswirkungen informiert wird.

Nachdem es keine weiteren Nachfragen gibt, stimmen die Ausschussmitglieder ab:

12 JA | 0 NEIN | 2 ENTHALTUNGEN

TOP 6.2. Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG

06/548

Das Rederecht für Vertreter des Seniorenbeirates sowie für Vertreter der Wohlfahrtsverbände und Pflegeunternehmen wird durch die Ausschussmitglieder einstimmig angenommen.

Frau Teetz berichtet zum Verfahrensablauf aus Sicht der Beteiligungsverwaltung. Sie betont, dass die Gründung eines städtischen Unternehmens mit der Kommunalverfassung konform gehen muss. Eine Stellungnahme seitens des Innenministeriums steht noch aus, ausführliche Gespräche werden am 11.03.2016 mit dem Innenministerium sowie dem Oberbürgermeister geführt.

Herr Koch, seit 1. Februar 2016 Betriebswirt bei der WVG, stellt das Projekt für Sozial-, Pflege- und Hilfsdienstleistungen, kurz SoPHi, vor. Er betont, dass es sich nicht um einen klassischen Pflegedienst handelt, sondern um einen Sozialdienst, der sich aus den Pflegedienstleistungen finanziert. Angeboten werden die Koordinierung von Hilfsangeboten und wohnbegleitende Dienstleistungen. Zudem widmet sich die SoPHi GmbH der Gemeinschaftsbildung, welche u.a. mit Hilfe von Stadtteil-Cafés geschaffen werden soll.

Herrn Behnert, Vorsitzender des Seniorenbeirates, er wird begleitet von dem Vorstandsmitglied Herr Dr. Reiche, erläutert die Entscheidungsfindung des Seniorenbeirates. Eine Stellungnahme des Beirates wurde an alle Fraktionen und an die Bürgerschaftskanzlei übermittelt. Grundsätzlich spricht sich der Seniorenbeirat für die Gründung der SoPHi GmbH unter folgenden Voraussetzungen aus:

- . Wohnbegleitende Dienstleistungen werden auch Nicht-WVG-Mietern angeboten
- . selbstbestimmtes Wohnen im Alter ist zu fördern
- . kostenlose Beratungsdienstleistungen werden auch Nicht-WVG-Mietern angeboten
- . weiterer Ausbau der Vernetzung der WVG mit örtlichen Pflegedienstleistern

Die Gründung wird nicht als Konkurrenzunternehmen gesehen, sondern als sinnvolle Ergänzung des Beratungsbedarfes und der Leistungsangebote.

Herr Bernd Molitor, Pflegedienst Molitor & Groth GbR seit 1992 in Greifswald, informiert, dass aktuell 18 Pflegedienste in Greifswald ansässig sind, das Umland einbezogen erhöht sich die Zahl auf ca. 35. Zudem informiert er, dass aufgrund von Patientenmangel eine Station im Altenheim der Odebrecht-Stiftung geschlossen wurde. Bundesweit verfügen 19% der Pflegedienste über eine angeschlossene betreute Wohneinrichtung, darüber hinaus bieten alle Greifswalder Pflegedienste eine angeschlossene Leistung, das betreute Wohnen an. Er erachtet das Beratungsangebot der SoPHi nicht als neues Konzept, denn Beratungsstützpunkte von Pflegediensten sind in allen Stadtteilen bereits vorhanden. Seines Ermessens wäre es ein Trugschluss, anzunehmen, dass die WVG ihre Serviceleistungen kostenlos anbieten würde. Es ist davon auszugehen, dass die SoPHi plant, eine marktbeherrschende Stellung einzunehmen, denn zur personellen Besetzung muss die SoPHi aufgrund von Fachkräftemangel in bestehende Strukturen eingreifen und dies würde sich nachteilig für die derzeitigen Pflegedienstleister auswirken. Die guten Fachkräfte würden dann zu wohl höheren Arbeitnehmer-Entgelten aus den bisherigen Pflegediensten weggeworben werden. Das hätte ebenso zur Folge, dass weniger Geld von der WVG als jährliche Ausschüttung an die UHGW ausgezahlt wird. Eine Kooperation, wie sie derzeit bereits besteht, wäre Herrn Molitor lieber, wenngleich die Mietpreise der Gemeinschaftsräume für die betreuten Wohneinrichtungen als übersteuert angesehen

werden, denn diese verursachen Umlagepauschalen für die Bewohner, welche den Wettbewerbsfaktor gegenüber der SoPHi GmbH verzerren.

Herr Rocke berichtet, dass an der Unimedizin ebenso Schwierigkeiten bestehen, trotz tariflicher Bezahlung, Pflegefachkräfte zu gewinnen. Er kann die Gründung der SoPHi GmbH allein auf dieser Grundlage nicht unterstützen.

Herr Dr. Rose mahnt an, dass die Tätigkeit der SoPHi sich nicht auf die Mieten auswirken darf und bittet um folgende Ergänzung in der Beschlussvorlage: Die Tätigkeit der SoPHi GmbH darf sich nicht auf das Kerngebiet der WVG auswirken, zudem sind Mieterhöhungen für 10 Jahre zu unterlassen und eine Quersubventionierung zwischen der WVG und der SoPHi GmbH ist zu unterbinden.

Herr Prof. Dr. Treig spricht sich gegen die Gründung aus und merkt an, dass die WVG sich weiterhin auf ihre Kernaufgaben konzentrieren soll.

Herr Spring informiert, dass selten so viel Post zu einem Thema bei der Fraktion eingegangen sei und fragt Herrn Molitor, ob er durch die Gründung der SoPHi GmbH eine Gefährdung des Fortbestandes der bestehenden Kooperationsbeziehung mit der WVG sieht. Zudem bezweifelt Herr Spring, dass die angedachte Schuldnerberatung durch die SoPHi GmbH, z.B. bei Mietschulden, ergebnisneutral ausfallen würde.

Frau Wolter schätzt ein, dass die Infrastruktur auch in den kommenden Jahren ausreichend sein wird und sieht es nicht als Aufgabe der Kommune an, in eine gut funktionierende Infrastruktur einzugreifen. Sie schließt sich den Argumenten von Herrn Spring hinsichtlich der Schuldnerberatung und von Herrn Molitor in Sachen Arbeitsmarkt an und befürchtet einen Qualitätsverlust für die Bürger.

Herr Leithold fragt nach, ob das Beteiligungsmanagement auch andere Wirtschaftsformen für die SOPHI in Betracht gezogen hat. Er erachtet eine Quersubventionierung für ein öffentliches Unternehmen als fragwürdig. Zudem fragt er Herrn Koch, warum die WVG einen eigenen Dienst ausgründen möchte, statt die Kooperationen weiter auszubauen. Er befindet die Finanzierung des geplanten Unternehmens fragwürdig und empfiehlt, die Gründung eines Beirates/Kontrollgremiums mit in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

Herr Koch informiert zu den gestellten Fragen,

- . dass die Mietpreise für Gemeinschaftsräume analysiert wurden und dass diese durch die WVG als angemessen erachtet werden. Die Miete dafür sei nicht so teuer, als dass dies Auswirkungen auf die Servicepauschale der Privatdienstleister hätte.
- . dass ein Teil der Mieten in modernisierten Wohneinrichtungen bereits subventioniert wird, damit die Servicepauschale für die Gemeinschaftsräume sinkt.
- . dass der Fachkräftemangel im Pflegebereich auch durch die WVG als Problemfeld gesehen wird, aber auf Grundlage des ISEK auf Zuzüge gesetzt wird.
- . dass gegenwärtig rund 2.300 Pflegebedürftige in Greifswald leben und in den kommenden Jahren ca. 400 weitere hinzukommen. Es wird geplant ca. 100 Pflegebedürftige durch die WVG zu versorgen, das sind 3,7 % im Verhältnis zu den Gesamtpflegebedürftigen.
- . dass die Ausschüttungen der WVG aufgrund eines Beherrschungs- und Ergebnisab-

gabevertrages nicht tangiert werden und infolge dessen keine Quersubventionierungen zwischen beiden Unternehmen erfolgen können.

- . dass die Qualität der Pflege durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen wie auch bei jedem anderen Pflegedienst überwacht und geprüft wird.
- . dass die Wahlfreiheit für den Pflegedienst weiterhin bestehen bleibt.
- . dass bestehende Kooperationen bestehen bleiben.
- . dass im Bereich der bereits durch die WVG getätigten Schuldnerberatung für ihre Mieter wie bislang auch in Sachen Mietschulden, schon monatliche Abschläge ab 5 € für die betroffenen Mieter möglich sind.
- . dass bei der SoPHi GmbH keine Servicepauschalen im betreuten Wohnen anfallen und sie deshalb günstigeren Pflegeservice anbieten kann.

Frau Teetz berichtet, dass die Idee zur Gesellschaftsform von der WVG eingebracht wurde. Grundsätzlich werden weitere Sozialdienstleistungsangebote durch die Verwaltung gern gesehen. Für den Pflegedienst und dessen Abrechnungsmodalitäten sei eine Ausgründung notwendig, aber keine andere Gesellschaftsform möglich. So kann beispielsweise nur die Kommune einen Eigenbetrieb gründen, aber nicht die WVG. Im Übrigen gebe es bereits jetzt Sozialberater bei der WVG. Für einen Beirat müsse definiert werden, welche Aufgaben der Beirat erfüllen soll, denn da die WVG als beherrschende Gesellschaft fungiert und somit Weisungsbefugt für die SoPHi ist, kann kein weiteres Kontrollgremium eingerichtet werden. Gegen einen fachlichen Beirat mit festgelegtem Wirkungsbereich spricht allerdings nichts.

Herr Kissel, ehemaliger Bezirksgeschäftsführer der BARMER GEK, jetzt beim Pflegedienst Nordlicht, moniert die fehlende Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive der SoPHi GmbH und kann die Gründung ohne diese Punkte nicht unterstützen, da man fortan mit einem so großen Konkurrenten nicht mehr mithalten kann.

Herr Volkmann-Richter, Pflegedienstleiter der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Greifswald, informiert zum baldigen 100 jährigen Bestehen (2019) der bundesweiten, gemeinnützigen Organisation. Die AWO hat sich bereits ebenso in den Medien zu dem Vorhaben positioniert und ist insbesondere an den Punkten Kooperation und Vernetzung interessiert, denn bislang wurden Kooperationen zwischen AWO und WVG ausgeschlagen. Herr Volkmann-Richter informiert über den fehlenden Einbezug der AWO und der Caritas bei den Planungen der WVG. Grundsätzlich sieht die AWO den künftigen Pflegebedarf anders als die WVG, denn der Eintritt der Pflegebedürftigkeit verschiebt sich aufgrund der körperlichen Fitness vieler Menschen weiter nach hinten. Zudem beziffert die kommunale Sozialplanung des Landkreises von 2015-2020 den zu erwartenden Anstieg der Pflegebedürftigen mit rund 188 und nicht wie von Herrn Koch genannt 400. Die AWO sieht das Pflegeangebot für Greifswald mit dem jetzigen Bestand an Pflegedienstleistern auch für die unmittelbare Zukunft gedeckt. Zu der Begründung der Fluktuationsrate der WVG, fordert die AWO mehr Aktivität in den Kernaufgaben der WVG sowie in der Schaffung eines altersgerechten Wohnraums.

19:20 Uhr Frau Heide geht.

19:25 Uhr Frau Heide kommt.

Frau Berndt, Pflegedienstleiterin Pflegedienst Nordpommern, sieht es nicht als Ergänzung des bestehenden Angebotes, die Pflegedienste können das absehbare Volumen schaffen. Die SoPHi GmbH wird als Konkurrenz gesehen, insbesondere in Sachen

Abwerben qualifizierter Mitarbeiter sowie Verlust der Selbstbestimmung der Patienten.

Herr Dr. Reiche, Vorstandsmitglied des Greifswalder Seniorenbeirates, ermahnt, mit Blick auf die einseitige Diskussion hinsichtlich finanzieller sowie geschäftlicher Belange auch an die Bürger, um die es doch eigentlich geht, zu denken. Denn letztendlich sieht er keinen Unterschied zwischen der SoPHi GmbH und privaten Anbietern, lediglich das günstigere Angebot ist viel für viele ältere Greifswalder ausschlaggebend. Laut Armutsbericht der Regierung sollte zur Kenntnis genommen werden, dass die Armutsgrenze derzeit mit steigender Tendenz in neuen Bundesländern bei 28% liegt. Für viele Menschen erweist sich eine um 50 € günstigere Servicepauschale bereits als eine enorme Einsparung. Zudem dürfe nicht davon ausgegangen werden, dass jeder mit 60 gleich pflegebedürftig ist, und dass es auch pflegebedürftige jüngere Menschen gäbe. Sofern ein qualitativ gleichwertiges, aber günstigeres Angebot auf dem Markt geschaffen werden kann, kann Herr Dr. Reich das Projekt befürworten unter anderem, da mehreren Kommunen bereits mit diesem Verfahren arbeiten.

Frau Dr. Fassbinder fragt nach, warum Kooperationen seitens der WVG u.a. mit der AWO bislang ausgeschlagen wurden, und ob sich die WVG für die SoPHi GmbH vorstellen könne, sich der Ausbildungsproblematik zu stellen, um den Arbeitsmarkt im Bereich der Pflege zu stärken.

Frau Duschek spricht sich im Namen der Fraktion für die Gründung der SoPHi GmbH aus.

Herr Prof. Dr. Treig erinnert, dass es in der Wirtschaft ganz normal sei, über Zahlen zu sprechen, er versteht nicht, wie die SoPHi GmbH aus dem Nichts mit Gratisleistungen Geld erwirtschaften möchte.

Herr Rodatos berichtet aus einem persönlichen Vergleich der kommunalen Pflegeplanung mit dem aktuellen ISEK und den dort abweichenden Bevölkerungsprognosen. Das Argument des dominierenden Markteinstieges der SoPHi GmbH, kann er nachvollziehen ebenso wie das benötigte Vertrauen in die WVG, die Tochtergesellschaft nicht in eine marktvorherrschende Stellung zu bringen. Herr Rodatos fordert die Überprüfung der Gesellschaftsart sowie einen Aufsichtsrat angesichts der derzeitigen Marktprognosen. Zudem erachtet er es als notwendig, dass die WVG darlegt, woher sie das Personal für die geplante Gesellschaft nimmt und sich künftig auch um die Ausbildung von Fachkräften kümmern wird.

Herr Leithold fragt noch einmal nach, da Herr Koch die gleichbleibenden Ausschüttungen der WVG betonte, und Herr Leithold dies als widersprüchlich zu den Angaben in der Beschlussvorlage bzgl. der Auswirkungen auf den Haushalt erachtet. Zudem fragt er, ob für die Sozialdienstleistungen ein Entgelt genommen wird oder ob diese tatsächlich kostenlos angeboten werden.

Frau Wolter erachtet den Marktvorteil der WVG als keine Grundlage für gleichberechtigte Marktkonditionen gegenüber anderen Pflegediensten. Zudem befürchtet sie zukünftig die Bevorzugung von pflegebedürftigen Personen unter Benachteiligung von Studenten, gerade auch in Anbetracht der derzeitigen Diskussionen hinsichtlich der Mietpreisbremse.

Herr Rocke schließt sich Frau Wolter an und sieht auch keinen fairen Wettbewerb vor dem Hintergrund der absehbaren Waffenungleichheit. Ein Verdrängungswettbewerb kann nicht unterstützt werden.

Herr Bausemer fragt, warum nicht die Form einer gemeinnützigen GmbH gewählt wurde und empfiehlt die Festschreibung einer Obergrenze der zu versorgenden Patienten, um Gleichheit zu schaffen bzw. einer Monopolisierung entgegen zu wirken.

Frau Hohberger fragt nach den bestehenden Kooperationen der WVG mit den Pflegediensten, und ob diese über die Anmietung von Wohneinheiten hinausgehen. Zudem fragt sie, welche Leistungen künftig von Dritten bezogen werden sollen.

Herr Seiffert befürwortet den geplanten Ausbau des bestehenden Angebotes der WVG in Form einer Ausgründung der SoPHi, um den Bedürfnissen der Mieter auch zukünftig gerecht zu werden. Er kann sich den Argumenten bezüglich der Konkurrenz nicht anschließen, denn sollte ein anderer privater Anbieter oder die WVG ein solches Vorhaben in Greifswald planen, würden derartige öffentliche Debatten nicht geführt. Herr Spring betont gegenüber Herrn Seiffert, dass die Diskussion durch die Bürgerschaft gerade deshalb geführt werde, weil die WVG ein kommunales Unternehmen ist und die Gewinne an die Stadt ausgeschüttet werden. Darüber hinaus stellt er die Planzahlen der zu Betreuenden in Frage und bittet ebenso um nähere Informationen zu bestehenden Kooperationen. Er regt an, diese anstelle einer Ausgründung vorzugsweise auszubauen.

Frau Mendle, Geschäftsführerin von Ora Cura – Intensiver Pflegedienst GmbH, berichtet aus einem Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Fassbinder und Herrn Adomeit, Geschäftsführer der WVG, in Anwesenheit geladener Pflegedienste. Hier wurde ihr Unternehmen zwar als positives Marktbeispiel genannt, aber dass das Wachstum aufgrund einer Spezialisierung auf Beatmungspatienten mit erhöhtem Personalbedarf beruht, fand keine Erwähnung. Zudem wurde von Herrn Adomeit in diesem Gespräch gesagt: „Es sei nicht so schlimm, wenn in fünf Jahren nur noch vier bis fünf Pflegedienste in Greifswald auf dem Markt sind.“ Frau Mendle erachtet das Ganze, in Anbetracht des fragwürdigen Finanzierungskonzeptes, als kapitalistische Machtspiele, die letztendlich nicht nur finanziell, sondern auch qualitativ auf Kosten der Patienten gehen. Sie betont, dass eine Servicepauschale seitens der privaten Pflegedienste nicht erlassen werden kann.

Herr Heinrich, Pflegedienst Heinrich & Heinrich, stellt den öffentlichen Zweck der SoPHi GmbH in Frage. Der Pflegedienst Heinrich betreibt vier von der WVG angemietete Häuser. Die WVG habe bislang viel geleistet. Ihm stellt sich nun die Frage, warum dies nicht so bleiben könne. Er sieht mittelfristig keine Notwendigkeit, in den Pflegemarkt einzugreifen und plädiert dafür, dass sich die WVG ihrem Kerngeschäft widmet und weiterhin Wohnraum barrierearm umgestaltet. Er berichtet zudem von dem Pflegedienst der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft, welcher nur rote Zahlen schreibt und zuletzt eine mangelhafte Bewertung bei der MDK-Prüfung erhalten hat. Die derzeitige Zusammenarbeit zwischen WVG und Pflegedienst Anbietern funktioniert aus seiner Sicht bislang gut, deshalb schließt er sich dem Wunsch nach einem weiteren Ausbau der bestehenden Kooperationen an.

Herr Koch nimmt Stellung zu den angesprochenen Themen:

- . Ausgeschlagene Kooperationen zwischen AWO und WVG sind ihm bislang nicht bekannt, da er erst seit 01. Februar für die WVG tätig ist.
 - . Er sagt zu, Informationen zur Ausbildungsplanung nachzureichen.
 - . Einnahmen der SoPHi GmbH werden ausschließlich durch den ambulanten Pflegedienst generiert. Im ersten Jahr wird es aufgrund von Investitionen noch einen Verlust erwirtschaften, ab dem zweiten Jahr wird sich das Ergebnis mit bis zu 300 zu Pflegenden in den kommenden fünf Jahren positiv darstellen.
 - . Ein Aufsichtsrat kann aufgrund eines Beherrschungsvertrages zwischen WVG und SoPHi GmbH nicht eingerichtet werden. Herr Rodatos merkt dazu an, dass ein Beherrschungsvertrag keine Pflicht ist.
 - . Verdrängung von Familien und Studenten sei kein Ziel der SoPHi GmbH, da weiterhin ausreichend barrierehaltiger Wohnraum vorhanden sein wird.
 - . Er schildert, dass die Fluktuationsrate über alle Altersgruppen geht, dabei seien die Studenten nur ein geringer Anteil aufgrund eines Hauptmieters über die gesamte Studienzeit mit Untermietverträgen.
 - . Zum Ausbau von Kooperationen liegen ihm keine Informationen vor, bestehende Kooperationen sollen beibehalten werden.
- Schlussendlich wirbt Herr Koch im Auftrag für die WVG um einen Kredit in Form von Vertrauen für die künftige Arbeit der SoPHi GmbH.

Frau Teetz kann nur bedingt ausführliche Erläuterungen öffentlich geben. Eine gGmbH ist aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages nicht möglich, die Notwendigkeit des Ergebnisabführungsvertrages kann nur anhand konkreter Zahlen aus dem Wirtschaftsplan erläutert werden.

Herr Leithold fragt nach dem Widerspruch zwischen Herrn Kochs Aussage zu unveränderten Gewinnabführung der WVG an die Stadt und den in der Beschlussvorlage angemerkten möglichen Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt.

Frau Teetz berichtet, dass in der Gründungsphase ein finanzieller Aufwand notwendig ist, der sich auf die Mittelausschüttung auswirken kann. Der Mindestliquiditätsbestand der WVG ist aber einzuhalten, um weiterhin Investitionen des Kerngeschäftes tätigen zu können.

Herr Rodatos berichtet, dass in den anderen Fachausschüssen eine Empfehlung zu dieser BS-Vorlage vertagt wurde und schlägt aufgrund dessen vor, die Abstimmung ebenso zu verschieben, bis die Stellungnahme des Innenministeriums vorliegt.

Herr Spring schließt sich an und empfiehlt ein Meinungsbild statt einer Empfehlung.

Meinungsbild: 4 JA | 7 NEIN | 3 Enthaltungen

Abstimmung auf Vertagung: 5 JA | 3 NEIN | 6 Enthaltungen

TOP 6.3. Verhandlungen über einen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Wackerow

06/579.1

Da kein Einbringer zur Ausschusssitzung anwesend ist, wird auf die Einbringung verzichtet. Herr Rodatos berichtet, dass die Beschlussvorlage mit 10 zu 3 im Sozialausschuss angenommen wurde, vorausgesetzt die Bevölkerung Wackerows

entscheidet sich ebenso positiv für die Eingemeindung. Da keine weiteren Fragen eingebracht werden stimmen die Ausschussmitglieder ab:

14 JA | 0 NEIN | 0 ENTHALTUNGEN

TOP 6.4. 6. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/562

Da keine Einbringung gewünscht wird und es keine Nachfragen oder Anmerkungen gibt, stimmen die Ausschussmitglieder ab:

14 JA | 0 NEIN | 0 ENTHALTUNGEN

TOP 6.5. Aufstellen einer Eisbahn im Rahmen des Weihnachtsmarktes 2016

06/565

Herr Winckler bringt die Beschlussvorlage ein und informiert ergänzend, dass aufgrund des Aufstellens der Eisbahn auf dem Marktplatz „vermietbare“ Fläche für den Großmarkt verloren ginge und somit zudem ein Einnahmenverlust in Höhe von 4.000 € einzukalkulieren sei. Denn anstelle der Eisbahn werden andere Laufgeschäfte aus Platzgründen wegfallen. Im Finanzausschuss wurde die Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag geändert, im heutigen Bauausschuss haben sich die Mitglieder aufgrund der hohen Kosten dagegen entschieden.

Als Alternativen schlägt Herr Winckler vor, bei entsprechenden Temperaturen eine andere Fläche durch die Freiwillige Feuerwehr präparieren zu lassen. Statt der Eisbahn auf dem Markt könnte er sich auch ein Riesenrad mit 18m Höhe gut vorstellen.

Herr Dr. Rose merkt an, dass die vorliegende Stromkostenkalkulation netto sowie für einen kalten Winter berechnet wurde, brutto und bei einem Winter wie dem vergangenen, sind die Dimensionen wesentlich größer. Aufgrund der Kosten-/Nutzenprognose kann er mit dem Vorschlag nicht mitgehen, aber eine durch die FFW präparierte Fläche könnte er sich gut vorstellen. Herr Prof. Dr. Treig schließt sich Herrn Dr. Rose an.

Herr Rodatos stellt fest, dass nur eine Ausgabenkalkulation vorliegt und fragt nach einer Einnahmenkalkulation. Herr Winkler informiert, dass die Einnahmen zur Deckung der Betriebskosten (u.a. Personal) dienen und somit komplett vom Betreiber beansprucht werden.

Frau Wolter hofft auf kreative Ideen der AG Weihnachtsmarkt, um die Attraktivität des Weihnachtsmarktes zu steigern. Eine Eisbahn erachtet sie gerade für die Greifswalder Bürger als größeren Publikumsmagneten als die bisherigen Angebote.

Herr Seiffert merkt an, dass nun genannte Fristen bislang nicht bekannt waren und regt an, dieses Thema für 2017 zeitnah erneut aufzunehmen. Zudem bittet er um die Vorstellung der Ideen aus der AG im kommenden Sitzungszyklus.

Frau Dr. Fassbinder berichtet, dass die Stralsunder Eisbahn komplett durch die Stadtwerke finanziert wurde. Zudem merkt sie an, dass der Weihnachtsmarkt bei der Jugend in der Bewertung besser abschneidet. Grundlegend findet Sie auch den Marktplatz als Standort für eine Eisbahn ungünstig und bittet um Überprüfung der

Wallanlagen für gleiche und ähnliche Angebote.

Herr Winckler informiert, dass Vertreter der Fraktionen zu jedem AG-Treffen willkommen sind und er sich über mehr Beteiligung aus diesen Reihen freuen würde.

20:37 Uhr, Frau Hohberger geht

20:40 Uhr, Frau Hohberger kommt

Herr Winckler berichtet, dass bislang nicht direkt mit den Stadtwerken gesprochen wurde, das bisherige Meinungsbild haben die Stadtwerke gegenüber der FDP-Fraktion geäußert. Das Ordnungsamt kann als Gewerbeaufsichtsbehörde nicht selbst für Projekte der Stadt Sponsorgelder einwerben. Zudem bestehe die Problematik des „linke Tasche, rechte Tasche Prinzips“. Frau Teetz ergänzt, dass das jährliche Sponsorenbudget der Stadtwerke mit den voraussichtlichen Kosten zum Betrieb einer Eisbahn fast komplett abgeschöpft wäre.

Herr Rodatos empfiehlt, das Thema „Weihnachtsmarkt“ grundlegend auf die Tagesordnung zu holen.

Herr Winckler berichtet, dass die Höhe der Nutzungsgebühren vom Betreiber abhängen, in Stralsund wurden dahingehend in der vergangenen Saison aufgrund des warmen Winters negative Erfahrungen gemacht. Er empfiehlt ebenso, zu berücksichtigen, den anderen Eisbahnen in der Region (Stralsund, Neubrandenburg, Usedom und Rostock) keine Konkurrenz zu machen. Er schlägt zudem vor, eher das Potential des Fischerfestes mit dem Programmpunkt Ryck in Flammen weiter auszubauen, da der Weihnachtsmarkt seines Erachtens nur ein regionaler Markt sei.

Frau Wolter widerspricht und sieht den Vergleich des Weihnachtsmarktes mit dem Fischerfest kritisch. Sie empfiehlt, gerade weil der Weihnachtsmarkt ein regionaler Markt ist, hier auch auf die Attraktivität für Familien zu achten.

Nachdem es keine weiteren Fragen und Anregungen gibt, stimmen die Ausschussmitglieder ab:

2 JA | 7 NEIN | 5 Enthaltungen

TOP 6.6. „Cities for Life“ – Städte gegen die Todesstrafe

06/587

Da keine Einbringung gewünscht wird und es keine Nachfragen oder Anmerkungen gibt, stimmen die Ausschussmitglieder ab:

11 JA | 1 NEIN | 2 ENTHALTUNGEN

TOP 7. Weiteres Vorgehen zur Fortschreibung des Tourismuskonzepts der UHGW

Herr Rodatos bittet um inhaltliche Ergänzungsvorschläge, die er mit in den Projektbeirat nimmt, damit diese in die finale Version des Tourismuskonzepts einfließen können.

Herr Dr. Rose merkt an, dass auf Seite 38 der polenmARkT nicht genannt wird, insbesondere aufgrund des, im Vergleich zu anderen Nachbarländern, erhöhten touristischen Interesses aus Polen.

Frau Duschek moniert, dass auf den ersten 40 Seiten die Hotelanalyse mehr als ausführlich und wiederholt dargestellt wird. Sie regt an, den Pflegepatenschaften für Grünflächen mehr Raum zu geben, um diese besser zu analysieren und zu fördern.

Herr Feldt schließt sich Frau Duschek in Sachen Hotelanalyse an und empfiehlt den Punkt im Konzept an sich zu kürzen, um die ausführliche Analyse als Anlage bzw. Handout für Investoren aufzunehmen.

Herr Dr. Rose regt an, Unternehmen und Institutionen in Sachen Zertifizierungen zu animieren. Derartige Auszeichnungen dienen nicht nur als Qualitätssiegel für Greifswald, sondern könnten auch weitere Interessenten locken.

Herr Rodatos informiert über die kommende Projektbeiratssitzung Mitte März. Eine Informationsvorlage ist für die Ausschusssitzung am 26.04.2016 geplant. Es wird geprüft, ob Interesse besteht, die Informationsvorlage in einer gemeinsamen Sondersitzung mit anderen Fachausschüssen vorzustellen.

TOP 8. Information der Verwaltung

Frau Hauswald berichtet zu

- . dem kommenden Kulturstammtisch am 13.04.2016 im Heineschuppen
- . dem Besuch einer Delegation aus der amerikanischen Partnerstadt Newport News am 19.05.2016
- . einer Ausstellung mit drei Greifswalder Künstlerinnen im Maritimen Museum in Kotka, der finnischen Partnerstadt von Greifswald ab Mai 2016
- . der Wiederaufnahme der Vortragsreihe „Universität im Rathaus“ ab April
- . der Übersetzung der Caspar-David-Friedrich-Webseite in die englische Sprache
- . Planungen des Kulturamtes Informationsstelen in diesem und im nächsten Jahr auf dem Gelände der Parkanlage der Klosterruine Eldena zu errichten
- . dem Planungsstand der Errichtung eines Kunstwerkes am Karl-Marx-Platz und der dazugehörigen Angebotsabfrage sowie der baldigen Zusammenkunft der AG KiÖR (Kunst im öffentlichen Raum).

Herr Feldt regt in Sachen Toiletten an der Klosterruine Eldena an, Überlegungen zum Ausbau der geplanten Buswendeschleife anzustellen, da die bisherigen geprüften Standorte hauptsächlich aufgrund landesdenkmalrechtlicher Belange und Auflagen der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises den geplanten Kostenrahmen, auch für ein Provisorium über 5 Jahre, übersteigen würden.

Herr Dr. Rose empfiehlt vor diesem Hintergrund und im Rahmen des Tourismuskonzeptes, umliegende Gastronomen mit Erstattungspauschalen zu motivieren, ihre Toiletten als öffentliche WCs anzubieten.

Herr Feldt informiert, dass ansässige Gastronomen in Eldena geprüft wurden und diese aufgrund mangelnder Barrierefreiheit nicht dem Anspruch eines öffentlichen WCs gerecht

werden.

Zudem berichtet er, dass bereits vor einigen Jahren das Projekt „Nette Toilette“ im Rahmen des WC-Konzeptes geprüft wurde und dass darüber, aufgrund des zu hohen Verwaltungsaufwandes, in Form von Kontrollen und Bereitstellung der Mittel zunächst Abstand genommen wurde. Zudem ist nach geführter Rücksprache mit teilnehmenden Kommunen die anfängliche Begeisterung nicht mehr vorhanden. Als Alternative zum Bauen neuer WCs kann man sicherlich noch einmal darüber nachdenken. Zuerst müsse mit der Dehoga Kontakt aufgenommen werden, ob seitens der Gastronomen überhaupt die Bereitschaft besteht.

Frau Wolter befürwortet die Idee mit den Gastronomen grundsätzlich und hat sich bei Gastronomen in Wieck zu der Idee informiert. Die dort ansässigen Gastronomen nehmen von der Idee Abstand, da bereits viele negative Erfahrungen mit großen Reisegruppen zur Toilettennutzung gemacht wurden. Entwendete LED-Lampen und übermäßige Verunreinigung wurden dabei noch als geringere Übel bezeichnet.

TOP 8.1. kurzer Sachstand zur Verhandlung zum Staatstheater Nordost

Frau Teetz fasst die Stellungnahme von Frau Dr. Brüß aus dem Finanzausschuss kurz zusammen. **Die aktualisierte Stellungnahme ist dem Protokoll zu entnehmen (Anlage 2).** Der Wirtschaftsplan der Theater Vorpommern GmbH für 2016 wurde in der heutigen Gesellschafterversammlung festgesetzt, er beinhaltet die vom Staatssekretär Schröder unter Auflagen in Aussicht gestellten Mittel in Höhe von 350T €. Das morgige Treffen der Beteiligungsmanager aller betroffenen Theaterträger zur Abstimmung und Besetzung der Steuerungsgruppen sowie der Projektgruppen wurde kurzfristig um eine Woche verschoben.

Frau Teetz informiert zudem, dass Frau Willert vorübergehend Frau Dr. Brüß während des Mutterschutzes und der Elternzeit vertritt.

TOP 8.2. Information zum Strandbad Eldena

Herr Rodatos übergibt das Wort an Frau Au, sie informiert zum Sachstand 2015, den Vorbereitungen für 2016 und ihren Empfehlungen zur künftigen Betreibung des Strandbades ab 2017.

Insbesondere berichtet sie über die aktuellen Kennzahlen und verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten des Strandbades, die im Vorlauf über die Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Ergänzend informiert Frau Au, dass der Pachtvertrag für Strandbar und Kiosk noch bis 2018 läuft. Zudem bittet Sie, falsche Zahlen auf Seite 12 zu entschuldigen, eine berichtigte Übersicht wird zeitnah über das Ratssitzungssystem zur Verfügung gestellt.

Herr Spring fragt nach der Präferenz von Frau Au.

Frau Au plädiert dafür, wie auch bereits aus der Presse bekannt, alles so zu belassen wie es bislang war – unter Berücksichtigung der Anpassung des Kartenkontingents für das

MaJuWi.

Frau Wolter fragt, ob weitere Geschäftsmodelle bzw. Angebotserweiterungen bereits durchgerechnet wurden, denn gerade im Bereich der Versorgungsleistung, u.a. bei Großveranstaltungen, sieht sie großes Potential.

Frau Dr. Fassbinder fragt nach, ob die Untervarianten des Betreibervorschlages #3 unterschiedliche finanzielle Konsequenzen mit sich bringen würden.

Herr Leithold fragt nach, ob man die Reinigungskosten bei einer Betreibung nach Variante #3 z.B. an die DLG outsourcen könnte sowie ob man auf Strandbadleiter und Schichtleiter verzichten könne, um die Kosten weiter zu senken.

Frau Au berichtet, dass die Versorgung bei Großveranstaltungen durch Kiosk und Imbiss aufgrund vertraglicher Verbindlichkeiten der Großveranstalter mit Dritten ausgeschlossen ist. Großveranstalter stehen zwei Varianten, bestehend aus Gesamtpauschale oder Pro-Kopf-Pauschale für die Pachtung des Strandbades zur Auswahl. Meist wird die Gesamtpauschale gewählt. Frau Au informiert, dass Müll und Vandalismus durch die räumliche Abtrennung des Zaunes etwas gedämmt sei und ermahnt, dass der Lärmpegel bei Öffnung der Zugänglichkeit zunehmen könnte. Zur Einhaltung der Strandbadordnung und der Verkehrssicherung empfiehlt Frau Au, nicht auf weiteres Personal zu verzichten.

Herr Rodatos fragt nach, bis wann eine Entscheidung für die Saison 2017 vonnöten ist und für welchen Zeitraum die durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt zur Deichabsicherung notwendige Zaunumsetzung angedacht sei.

Herr Dr. Rose kann politisch sowie sozial nicht vertreten, 14 Mitarbeiter zu entlassen. Was der Fall wäre, wenn der Eintritt zum Strandbad zukünftig kostenlos sei.

Frau Dr. Fassbinder fragt nach dem Feedback der Strandbadbesucher an den Kassen zum Eintritt. Frau Au berichtet, dass es wie überall beschwerdeanfällige Besucher gibt, aber grundsätzlich wird der Eintrittspreis bei dem vorhandenen Angebot gewertschätzt. Zur geplanten Zaunumsetzung berichtet Frau Au, dass am 7. März 2016 ein Beratungstermin stattfindet, in dem geklärt werden soll, wann die Umsetzung stattfinden und wohin der Zaun konkret gesetzt werden soll. Zur Planung für 2017 sollte bis Herbst 2016 feststehen, wie die Betreibung des Strandbades zukünftig gestaltet werden soll.

Herr Rodatos lässt den Vorwurf, 14 Mitarbeiter zu entlassen im Gegensatz zur kostenlosen Strandbadnutzung für alle Bürger nicht gelten, insbesondere für viele Familien wäre dies eine wesentliche finanzielle Erleichterung.

Herr Seiffert regt an, die tatsächlichen Nutzer des Strandbades zu analysieren, um die Schwerpunkte (Sport, Baden, Familie) herauszufinden und die Angebote entsprechend anzupassen. Ebenso schließt er sich Frau Wolters Vorschlägen an hinsichtlich des Ausbaupotentials des Kiosk sowie des Imbiss'. Des Weiteren schlägt er am Rande vor, den Strandkorbverleih wirtschaftlich genauer zu analysieren, um festzustellen, ob durchschnittlich sechs Ausleihen pro Tag lohnenswert sind.

Frau Au berichtet, dass viele Freizeitsportler und Sportler, u.a. der HSG, das Strandbad

nutzen, aber auch Anfragen durch Vereine für Sportferienlager gestellt werden.

Herr Feldt berichtet in Anbetracht der Zielgruppenfrage während der Erstellung des Tourismuskonzeptes, dass das Strandbad abgesehen von dem MaJuWi für den Tourismus keine ganz so bedeutende Rolle spielt.

Frau Wolter sieht die Abschaffung der Zäune aus privater Sicht einer Mutter mit Kindern nicht als empfehlenswert an und weist darauf hin, mehr in Elternkategorien zu denken. Zudem regt Sie an, die Überlegung der Eisbahn erneut aufzugreifen, und vielleicht auch das Strandbad als Veranstaltungsort für eine Eisbahn zu prüfen.

Frau Au bestätigt Frau Wolters Sicht auf das Strandbad als beliebter Ort für Eltern mit kleinen Kindern ebenso wie die Ansicht eines umfangreicheren Angebotes des Kiosks und des Imbisses.

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Spring fragt nach der Zuständigkeit zu der Förderung der Kunstwerkstätten.
Frau Hauswald informiert, dass die Zuständigkeit in Jugend und Soziales fällt.

Herr Seiffert fragt noch einmal nach der AG Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) nach, insbesondere wann die AG in das Projekt Kunst am Karl-Marx-Platz einbezogen wird.
Frau Hauswald berichtet, dass die AG voraussichtlich im Mai/Juni tagen wird.
Herr Seiffert wünscht, dass die Beteiligung der AG wesentlich früher und häufiger stattfindet und findet es misslich, dass die Kunstwerke in fertige Planungen auf festgelegten Flächen aufgestellt werden und wünscht sich mehr Beteiligung durch die AG.
Frau Hauswald berichtet, dass die OTV und die IG Westend in die Planung einbezogen wurden, und die Aufgabe der AG nicht darin liegt, in die Grünflächenplanung einzugreifen.
Herr Seiffert bittet um Klärung innerhalb der AG zur Arbeitsweise und frühzeitigen Einbindung.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Rodatos hat keine weiteren Anmerkungen.

TOP 11. Sitzungsende

Herr Rodatos beendet die Sitzung um 21:58 Uhr.

Milos Rodatos
Ausschussvorsitzender

Anne Babinsky
für das Protokoll

Anlagen

6.1 Präsentation Aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung

8.1 Stellungnahme Sachstand Verhandlung Staatstheater Nordost